

BERLINER MORGENPOST

Ausgabe **Wöchentlich**
50 Pfennig
Eingabe 10 Pf.
Sonntage 15 Pf.

Wichtigste Nachrichten
 1. Die deutsche Regierung hat die Besetzung der Ruhr durch französische Truppen als ungesetzlich erklärt.
 2. Die französische Regierung hat die Besetzung der Ruhr als rechtmäßig erklärt.
 3. Die amerikanische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.
 4. Die britische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.
 5. Die italienische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.
 6. Die japanische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.
 7. Die chinesische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.
 8. Die indische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.
 9. Die australische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.
 10. Die südafrikanische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.

Ar. 111 **Mittwoch, 10. Mai 1933** 10 Pfennig

Zwei bedeutende Erlasse Görings

Die Einsetzung von Kommissaren

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der Reichspräsident Hindenburg an die nachgeordneten Behörden folgenden Rundschreiben die künftige Regelung der Einsetzung von Kommissaren a. B. und ihrer Tätigkeit erlassen:

Die Durchführung der nationalen Revolution hat in den vergangenen Monaten häufig die Einsetzung besonderer Kommissare zur Wahrnehmung von Aufgaben des Staates und der Wirtschaft erforderlich gemacht. Der Sieg der nationalen Revolution ist vollendet, ihr Erfolg auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gesichert. Damit hat die Bestellung von Kommissaren, die immer nur eine Ubergangsmaßnahme sein konnten, in der Regel ihre weitere Berechtigung verloren. In Zukunft wird sich die Bestellung von Kommissaren auf gewisse besonders wichtige Sonderfälle und -aufgaben beschränken, deren Auswahl grundsätzlich den obersten Landesbehörden allein vorbehalten bleiben muß.

Abgesehen von einem Kommissar der obersten SA-Führung wird es sich also bei diesen Kommissaren entweder um Staatskommissare handeln, die vom geleiteten Staatsministerium oder von mir, dem Ministerpräsidenten, als seinem Vorgesetzten, oder um Ministerialkommissare, die von den einzelnen Ministerien für ihren Zuständigkeitsbereich bestellt werden.

Alle Kommissare, die hiernach in Zukunft nicht mehr zulässig sind, haben ihre Tätigkeit sofort einzustellen.

Selten die Ober- und Regierungspräsidenten die Neubestellungen von Kommissaren für erforderlich, so sind je nach dem Aufgabenkreis entsprechende Anträge bei mir oder den zuständigen Ministerien zu stellen. Ebenso ist mir von den Ober- und Regierungspräsidenten sofort zu berichten, wenn noch irgendwelche Kommissare unter Berufung auf eine Bestellung durch das Staatsministerium, durch mich, durch einen anderen Staatsminister oder durch die oberste SA-Führung weiterbestehen, um mich, damit ich über Befähigung oder Widerruf des Auftrags mich schlüssig machen kann.

Da ganz besonders dringenden Fällen dürfen auch die obersten Landesbehörden im ganz besonderen Maße zu gelegentlichen Bestellungen von Kommissaren beschließen, für die ausschließlich die Befähigung durch mich, den Ministerpräsidenten, einzupolen ist. Selt die Befähigung nicht können drei Tagen nach der Einsetzung des Oberpräsidenten zu, in hat der betreffende Kommissar seine Tätigkeit sofort einzustellen.

Als solche Sonderwege rechnen nicht Aufgeben die nach den bestehenden Bestimmungen Behörden- oder Beamten der unmittelbaren Staatsverwaltung, insbesondere der Polizei, und der Justizverwaltung obliegen.

Die Tätigkeit von Kommissaren, die durch die Kommando- oder Befehlshaber für herausragende Beamte in Bundesämtern und Verwaltungsstellen oder sonst zur Aufrechterhaltung des öffentlichen

Politik in der Schutzpolizei

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Reichsführer der SA die Jura zur Frage der Politik in der Schutzpolizei einen Rundschreiben an die zuständigen Polizeibehörden geschickt, in dem es u. a. heißt:

1. Die nationale Revolution hat durch den selbstlosen Einsatz aller auf dem Boden der nationalen Freiheitsbewegung stehenden Deutschen auch in der Schutzpolizei das alte System zertrümmert. Durch meine Berufung an die Spitze des Ministeriums des Innern und durch den von mir — zunächst in rein entscheidenden Stellen — vorgenommenen Führerwechsel ist die Sicherung und Festigung der von mir verfolgten nationalsozialistischen Ziele in der Schutzpolizei voll gewährleistet.

Als höchster Vorgesetzter der Polizei habe ich nunmehr allein über die Politik in der Polizei bis zu den untersten Organen. Es ist mein Verlangen, diese Politik ganz ein-

halten zu gestalten und damit gegenläufige politische Parteienauflösungen innerhalb der Schutzpolizei zu bewerkstelligen.

Sie werden daher solchen politischen Bestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten, die das dienstliche Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen und den Kameradschafts-Verhältnis der Beamten untereinander fördern könnten.

2. Ich fordere für die Zukunft die Manns- und die Disziplin, die für eine nationalsozialistische Schutzpolizei selbstverständliche Grundvoraussetzungen sind. Ich fordere sie in erster Linie am meisten von den alten Angehörigen der Bewegung, die den neuen Deutschland zum Siege beschaffen hat. Daher müssen auch noch eigene hin Eintr und Zweck der Uniform dadurch zum Ausdruck kommen, daß nur noch die dienstlich vorgezeichneten und für die Polizei genehmigten Abzeichen getragen werden.

3. Ich werde zunächst der Schutzpolizei als Zeichen des Sieges der nationalen Revolution das weiße Patentarm absetzen und ferner für die geliebte Volkspolizei als Ehren- und Gedächtnisabzeichen führen mit dem Siegeszeichen der nationalen Erhebung versehen.

Mit sofortiger Wirkung tritt daher folgendes in Kraft:

a) Das Tragen von politischen Abzeichen und Armbinden (auch Patentarmbinden) sowie das Mitführen von anderen als den von mir verliehenen amtlichen Fahnen zur Uniform ist verboten.

b) Die Teilnahme von Polizeibeamten in Uniform an Umzügen nationaler Verbände unzulässig in jedem Falle der Genehmigung des Kommandeurs der Schutzpolizei.

Eine Beteiligung an solchen Umzügen darf nur in geplanter Form und unter Führung eines vom Kommandeur zu bestimmenden politischen Führers erfolgen. Fahnen oder Embleme dürfen nicht mitgeführt werden. Die Beteiligung einzelner Beamter in Uniform an Umzügen ist verboten.

c) Die in den Polizeibehörden bereits vorhandenen Fahnen sollen als nationalistische Fahnen einer kameradschaftlichen Vereinigung und dürfen nur dann geführt werden, wenn sich die Beamten in bürgerlicher Kleidung befinden.

d) Lieber Erneuerung der Verpflichtung und der Form der Ehrenbezeichnung erfolgt besondere Regelung.

5. Befähigungsbefugnis und Sorge für das Wohl der Beamten müssen in Zukunft wieder allein in der Hand der von mir in ihren Stellungen beauftragten oder mit eingeschickten Polizeiführer und Führer liegen. Es haben ihre ganze Kraft einzusetzen, um die durch kameradschaftliche Ver-

Rosenbergs diplomatische Mission



Der Leiter der Außenpolitischen Anst. der N.S.D.A.P., Rosenberg, der, wie berichtet, nach London gefahren ist, um in englischen politischen Kreisen aufzuklären über die Lage in Deutschland, wird von Lord Halifax und John Simon empfangen. Unser Bild zeigt Rosenberg (links) auf dem Weg zum Auswärtigen Amt.

JOHN SIMON
 GEHT MIT ROSENBERG
 NACH LONDON

Die deutsche Regierung hat die Besetzung der Ruhr durch französische Truppen als ungesetzlich erklärt. Die französische Regierung hat die Besetzung der Ruhr als rechtmäßig erklärt. Die amerikanische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen. Die britische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen. Die italienische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen. Die japanische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen. Die chinesische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen. Die indische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen. Die australische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen. Die südafrikanische Regierung hat sich für eine friedliche Lösung der Ruhrfrage ausgesprochen.